

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 51 (1968)
Heft: 1

Artikel: Steht Italien vor neuen kirchenpolitischen Entscheidungen?
Autor: Omikron
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-411575>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des schwarzen Schafes zu spielen, der stillen Missbilligung langjähriger Freunde ausgesetzt zu sein oder gar, trotz verfassungsmässig garantierter Glaubens- und Gewissensfreiheit, als Familienvater in seiner Lebensstellung durch gottesfürchtige Vorgesetzte gefährdet zu sein!

Nicht alle freidenkenden Menschen sind handfest-robuste Naturen oder zum Märtyrer geboren. Gar viele sind empfindsam, leicht verletzlich, feinfühlig und anschlussbedürftig. Leute also, die nur darauf warten, dass sie in sympathischer Weise darauf aufmerksam gemacht werden, dass in ihrer nähern oder weitem Umgebung gleichgesinnte Männer und Frauen je-

den Alters leben, die sich freuen würden, von Zeit zu Zeit mit ihnen zusammenzukommen, um weltanschauliches Gedankengut und Lebenserfahrungen in freier Aussprache auszutauschen.

Ich erachte es als eine der vornehmsten Aufgaben auch der schweizerischen freigeistigen Ortssektionen, Gleichgesinnte jeden Standes in wohlüberlegter Weise darauf hinzuweisen, dass diese Möglichkeit auch bei uns besteht. Die hemmungslose, an Trommelfeuer gemahnende «Publicity» unserer lieben Antipoden in Presse, Radio und Fernsehen darf unsere Stimme nicht zum Schweigen bringen!

Felix Apostata

Steht Italien vor neuen kirchenpolitischen Entscheidungen ?

In ihrer Nummer 447/1967 veröffentlicht die «National-Zeitung» einen gut dokumentierten und klar aufgebauten Bericht aus der Feder ihres Römer Korrespondenten; wir entnehmen diesem Bericht die folgenden Tatsachen, die auch uns stark interessieren:

I.

Vor rund 40 Jahren, genau am 11. Februar 1929, setzten der damalige Duce, Benito Mussolini, als Vertreter des Staates und Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri als Vertreter der Romkirche ihre Unterschriften sowohl unter den Lateranvertrag wie auch unter das neue Konkordat. Im Lateranvertrag verzichtete das Papsttum auf alle Ansprüche auf Rom als Hauptstadt des früheren Kirchenstaates, anerkannte damit Rom als die Hauptstadt des Staates Italien und schränkte seine weltlichen Ansprüche ein auf den neu geschaffenen Stato della Città del Vaticano sowie auf einige Paläste und Kirchen in der Stadt, die im Vertrag ausdrücklich als extraterritorial erklärt wurden. Der Faschismus feierte damals Mussolini als den Mann, der dem Staat Italien seine Hauptstadt Rom endgültig sicherte. Die Kirche aber liess sich diesen Verzicht gehörig bezahlen: Der Staat musste den Katholizismus als die einzige und alleinige Religion Italiens anerkennen; musste den «heiligen Charakter Roms» mit allen Mitteln schützen und musste in dem gleichzeitig abgeschlossenen Konkordat die Bestimmungen hinnehmen: Italien wird ein konfessioneller

Staat — Gültigkeit des kanonischen Rechts für einige Ehegesetze — konfessioneller Unterricht in den Staatsschulen — Steuerfreiheit des vatikanischen Vermögens.

II.

Als nach der Niederlage von 1945 Italien daranging, eine neue republikanische Verfassung aufzubauen, wäre eigentlich Gelegenheit gewesen, die beiden oben genannten Verträge zu Gunsten des neuen Staates zu revidieren. Doch fühlte sich der eben entstehende Staat zu einer solchen Kraftprobe mit der Kirche noch nicht stark genug. Lateranverträge wie Konkordat wurden als Ganzes in die neue Staatsverfassung herübergenommen und eingebaut — und zwar mit den Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten. Von da an standen die beiden Abmachungen unter einer Art von Tabu-Gebot; gelegentliche und stets nur schwache Vorstösse gegen die beiden Verträge wurden von der konkordatstreuen Mehrheit des christlich-demokratischen Blockes immer wieder im Keime erstickt.

III.

Heute aber lebt die Diskussion doch wieder auf. In Rom plante man die Aufführung des bekannten Hochhuth-Dramas «Der Stellvertreter». Der Vatikan bat die Stadt, von dieser Aufführung abzusehen, da sie dem Ansehen des früheren Papstes Pius XII. abträglich sei. Nun protestiert im Parlament der Sozialist Passo gegen diesen

Uebergreif (Immissio) der Kirche auf den souverän-weltlichen Staat und er sucht die Regierung, bei dieser Gelegenheit auch ganz allgemein die Möglichkeiten einer Revision der beiden Verträge zu überprüfen. Das alles bleibt noch im üblichen Rahmen, nun aber kommt die grosse Ueberraschung: Die christlich-demokratische Mehrheit, statt wie bisher jeden Angriff auf die Lateranverträge entschieden zurückzuweisen, schliesst sich dem Wunsche des sozialistischen Abgeordneten Passo an und befürwortet ihrerseits den Antrag, mit dem Vatikan in Verhandlungen einzutreten, um die Möglichkeiten einer Revision zu prüfen. Die jetzige Regierung Moro hat also den verbindlichen Auftrag, diese Verhandlungen mit dem Vatikan in die Wege zu leiten.

Was steckt real und konkret hinter dieser parlamentarischen Wendung? Will der christlich-demokratische Block, der bisher treueste und zuverlässigste weltliche Arm des Vatikans im Getriebe der Politik, nun wirklich einem Versuch zur Abänderung der beiden Kirchenverträge die Hand reichen? Mit dem ist doch wohl nicht zu rechnen. Nun werden weitere Möglichkeiten in Erwägung gezogen und mit Vorsicht die folgenden Vermutungen ausgesprochen:

Italien steht vor Erneuerungswahlen in das Parlament. Der Widerstand gegen die Kirchenverträge könnte dabei für die Linke ganz allgemein eine zügige Wahlparole bilden. Die christlich-demokratische Partei will der Linken diesen Wind aus den Segeln nehmen und ihrem eigenen Parteischiiff zugute kommen lassen. Ferner: Kommt es wirklich zu Verhandlungen, was noch gar nicht sicher ist, so wird es zäher Ausdauer und mühsamer Arbeit bedürfen, um konkrete Ergebnisse zu erreichen; in den Hauptfragen — Steuerfreiheit des kirchlichen Vermögens, konfessioneller Staat, konfessionelle Schule und Ehe — wird die Kirche kaum nachgeben.

Wir können diese vorsichtige Würdigung der neuen Sachlage sehr wohl verstehen. Die Geschichte gibt aber auch die folgende Belehrung: Derartige Revisionen sind im ganzen doch unberechenbar. Man weiss wohl genau, wo sie beginnen, aber niemand kann voraussehen, wohin sie schliesslich führen werden. Qui vivra, verra!

Omikron